

beco Berner Wirtschaft
Vernehmlassung IFG
Münsterplatz 3
3011 Bern
consultation@vol.be.ch



Bern, 20. Mai 2015

ANTWORT ZUM VERNEHMLASSUNGSVERFAHREN ZUM INNOVATIONSFÖRDERUNGSGESETZ

Sehr geehrte Herr Volkswirtschaftsdirektor
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zum Vernehmlassungsverfahren zum neuen Gesetz über die Innovationsförderung. Gerne nimmt die Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern (SP Kanton Bern) dazu fristgerecht Stellung.

1 GRUNDSÄTZLICHES

Der Kanton Bern bietet sowohl kleinen und mittelgrossen wie auch grossen Betrieben interessante Voraussetzungen für eine erfolgreiche Ausübung ihrer Tätigkeit. In der Wirtschaftsstrategie 2025 formuliert der Regierungsrat eine Vielzahl an Innovationsförderungsmassnahmen. Allerdings fehlt im Kanton Bern die gesetzliche Grundlage und damit die Möglichkeit, Betriebe die sich im Aufbau oder Umbau befinden, für eine beschränkte Zeit mit einem Förderbeitrag finanziell zu unterstützen im Sinne einer «Anstoss-Finanzierung». Die SP Kanton Bern begrüsst daher die Initiative der Volkswirtschaftsdirektion, mit dem Innovationsförderungsgesetz die Basis dazu zu schaffen. Wir sind überzeugt, dass mit dieser Förderung sowohl Arbeitsplätze im Kanton erhalten, bzw. geschaffen werden wie auch die Wertschöpfung (und damit Steuereinnahmen) verbessert werden können.

2 STELLUNGNAHME ZU DEN EINZELNEN ARTIKELN

Der vorliegende Gesetzesentwurf bildet die notwendigen Voraussetzungen und Bedingungen gut ab. Wir bitten Sie jedoch, in den Gesetzesartikeln die nachfolgenden Anliegen der SP Kanton klarer abzubilden, neu aufzunehmen oder im Vortrag so darzustellen, dass diese Anliegen im Rahmen der Verordnung zum Gesetz konkreter ausgeführt werden.

Artikel 3

Hier wird die nachhaltige Entwicklung erwähnt. Uns fehlen im Gesetz konkretere Hinweise auf die Nachhaltigkeit. Sowohl was die Branche des zu fördernden Betriebes (z.B. Cleantech) anbelangt, wie auch die Forderung, dass nach neuesten ökologischen Standards und Möglichkeit produziert wird, bzw. Dienstleistungen erbracht werden.

Antrag

Ergänzung von Artikel 3 durch eine Forderung, dass nach ökologischen Grundsätzen produziert wird, beziehungsweise Dienstleistungen angeboten werden müssen.

Neuer Artikel

Im Gesetz fehlen Forderungen betreffend Anstellungsbedingungen, bzw. ein Anreiz zur Förderung von Mitarbeitenden sowie der Gleichstellung von Frau und Mann. Gesamtschweizerisch werden Mitarbeitende in den technischen Berufen (Stichwort MINT-Berufe) gesucht. Auch hier muss im Gesetz eine Forderung oder in der Verordnung eine Ausführung dazu gemacht werden. Die Förderung von jungen Frauen in MINT-Berufen soll den Anschluss an die entsprechenden Massnahmen an den Schulen sicherstellen.

Wir beantragen, einen Artikel aufzunehmen, der die nachfolgenden Aspekte berücksichtigt. Konkretere Formulierungen können unter Umständen auch in die Verordnung aufgenommen werden.

Antrag

- Die zu fördernden Betrieben haben branchenspezifische Gesamtarbeitsverträge oder Branchenvereinbarungen einzuhalten.
- Betriebe welche Fördergelder beantragen, sollen den Nachweis erbringen, dass sie Lehrstellen im MINT-Bereich anbieten (wollen).
- Der Anteil von jungen Frauen in diesem Bereich soll speziell gefördert werden.
- Im Gesetz ist, analog zum Staatsbeitragsgesetz, eine Klausel aufzunehmen, dass die Lohn-gleichheit zwischen Mann und Frau einzuhalten und dies regelmässig offenzulegen ist.
- Wir regen an, zusätzlich einen Anreiz aufzunehmen, der weitergehende Unterstützungen ermöglicht, wenn ein Betrieb Menschen mit einer Behinderung ausbildet und/oder einstellt.

Wir bitten Sie, unsere Vernehmlassungsantwort wohlwollend zu berücksichtigen und danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern
Parti socialiste du canton de Berne



Ursula Marti
Parteipräsidentin



David Stampfli
Geschäftsführender Parteisekretär